

Martin Heintel (Wien)

Regionalpolitik in Österreich

Retrospektive und Perspektive

Dieser Beitrag beschäftigt sich mit früheren und gegenwärtigen Strategien der österreichischen Regionalpolitik. Der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union und die Erweiterung dieser hat nicht nur zu vielfältigen Veränderungen regionalpolitischer Strategien beigetragen, sondern bedarf auch weiterhin einiger Anpassungen v.a. im Kontext grenzüberschreitender Entwicklungsmaßnahmen.

Regionen in einem globalisierten Wettbewerb haben traditionelle Gebietseinheiten und die Möglichkeiten der hoheitlichen territorialen Verwaltungsstrukturen längst gesprengt. Regionalentwicklung als eine Summe von europäischer, nationaler und regionaler (lokaler) Politik bedarf eines Zusammenspiels und einer Koordination der dargestellten unterschiedlichen Politikbereiche – sowohl auf regionaler als auch administrativer Ebene – um Effizienz und Qualität zu sichern. Netzwerken und Kooperationsverbänden kommt dabei eine besondere Rolle zu. Aus diesem Grund kam es v.a. in den letzten 15 Jahren zu einer verstärkten Institutionalisierung auf regionaler Ebene.

In die Zukunft geblickt kommt dem Bereich der Internationalisierung räumlicher Politik noch verstärkter als bisher große Bedeutung zu. Wettbewerbe, Partnerschaften, transnationale Programme, europäische Planungsgrundlagen und die stete Zunahme von Verflechtungskontexten auf räumlicher Ebene sind dafür ausschlaggebend.

Keywords: Regionalpolitik, Regionalentwicklung, Raumplanung, Regionalplanung, Österreich regional policy, regional politics, regional development, spatial planning, regional planning, Austria

Regionalpolitik in Österreich hat sich – sowohl von den politischen Rahmenbedingungen, in der Institutionalisierung als auch in der Umsetzung – im Laufe der letzten 30 Jahre stark verändert. Infrastrukturmaßnahmen, Wachstumspförderungen, einzelne Ansätze regionaler und lokaler (eigenständiger) Regionalentwicklung und hochprofessionelle Entwicklungs- und Beratungsagenturen auf institutioneller Ebene sind typisch für unterschiedliche Epochen regionalpolitischer Interventionen. Auch scheint, dass eine Verbindung von Raumplanung und Regionalpolitik sukzessive gelungen ist, und die beiden Disziplinen nicht mehr „nebeneinander“ stehen. Regionalpolitik ist sowohl auf ländliche Regionen fokussiert als auch auf Stadtregionen und polyzentrische Entwicklungskonzepte, die eben eine Renaissance

erleben. Verflechtungsregionen und grenzüberschreitende Raumentwicklung stellen die Regionalpolitik vor immer neue Herausforderungen.

Retrospektive und Rahmenbedingungen

Nach dem Zweiten Weltkrieg war Österreich bis Mitte der 1960er-Jahre massiv mit dem Wiederaufbau und der Belebung wirtschaftlicher Kreisläufe befasst. Bevorzugt wurden dabei eher zentralörtliche Einrichtungen und das Stadtumland als der ländlich-periphere Raum. Der Wiederaufbau-Gedanke trat jedoch zunehmend in den Hintergrund, was einer „konsensorientierten Politik“ die Basis entzog. Bis etwa Mitte der 1970er-Jahre folgte eine gezielte industrielle

Förderung primär strukturschwacher Regionen. Der Rückgang des primären Wirtschaftssektors zugunsten der Dienstleistungsbereiche verstärkte das Abhängigkeitsverhältnis zwischen lokalen Zentren und deren Peripherie.

Unterschiedliche theoretische Zugänge¹ haben die Regionalpolitik der vergangenen Jahrzehnte beeinflusst.

„Auch wenn Regionalpolitik nur in den seltensten Fällen explizit theoriegeleitet ist, gibt es doch einen Fundus von (paradigmatischen) Annahmen, der das Handeln der AkteurInnen einer bestimmten Zeit (mit-)prägt“ (Holzinger et al. 1998, 7).

Die angebotsorientierte neoklassische Theorie, die regionale Disparitäten als vorübergehendes Phänomen betrachtet und mittels Faktorzwanderungen ein Gleichgewicht verspricht, war gemeinsam mit polarisationstheoretischen Ansätzen wie der Wachstumspolstrategie, bei der staatliche Steuerung von hoher Bedeutung ist, gleichzeitig charakteristisch für die Regionalpolitik der Nachkriegszeit in Österreich.

Aber auch postkeynesianische Theorieansätze, die auf Investitionen als grundlegende Voraussetzung für regionales Wirtschaftswachstum bauen, bildeten Grundlagen der österreichischen Regionalpolitik. Auch hier übernimmt der Staat eine wesentliche Steuerungsfunktion, indem beispielsweise unternehmensnahe Infrastruktur weiter gestärkt wird, Standortnachteile damit abgebaut werden oder mittels Investitionsanreizen Ansiedlungen gefördert werden.

Trotz der unterschiedlichen theoretischen Zugangsweisen war allen Theorien ein erklärtes Ziel gemeinsam, nämlich die Anschlussfähigkeit von Peripherien an Zentren zu sichern sowie Entwicklungsrückstände abzubauen. Aufgrund der ersichtlichen Schwächen der angebots- und infrastrukturorientierten Nachkriegspolitik gab es bereits in den 1970er-Jahren in Österreich erste Anzeichen einer Umkehr der regionalpolitischen Strategien, die nicht mehr nach den regionalen Defiziten, sondern nach den regionalen Stärken Ausschau hielt (Holzinger et al. 1998). Eigenständige (v.a. in ländlich-peripheren Regionen) und innovationsorientierte Regionalentwicklung (v.a. in alten

Industrieregionen) bildeten die Ausgangspunkte für neuere Konzepte regionaler Anpassung und Wettbewerbsfähigkeit. Auch der 1975 gegründete Europäische Fonds wertete die Regionalpolitik in Europa auf.

Scheer (1999) unterscheidet drei Phasen regionaler Entwicklung in Österreich, beginnend bei „regionalen Entwicklungspionieren“ über endogene, integrierte Regionalentwicklung als einem schon breit akzeptierten Ansatz bis hin zu einer sehr starken Ausdifferenzierung der Leistungen, Instrumente und Zielsetzungen in der Regionalentwicklung (status quo). Der klar wirtschaftsdominierte Trend von Regionalentwicklung in den 1990er-Jahren mündet eindeutig in komplexere Strukturen und eine umfassende Institutionalisierung. Einzelbetriebliche Förderung ist in den Hintergrund gerückt, Unternehmenskooperationen und „Business-Parks“ stehen deutlich im Vordergrund der regionalpolitischen Interessen.

Die 1990er-Jahre waren in Österreich geprägt von der Integration in die Europäische Union und einer dadurch bedingten einheitlichen europäischen Regionalpolitik sowie den Vorbereitungen zur EU-Erweiterung (Bundeskanzleramt 1998). Regionalpolitik ist heute in Europa nicht nur populär, sondern auch politisch abgesichert, durch die Strukturfonds gut dotiert und institutionalisiert (Europäische Kommission 2003). Dennoch sind Disparitäten zwischen Stadt und Land, zwischen europäischen Zentralräumen und Peripherien nach wie vor gegeben. Es stellt sich die Frage nach den zukünftigen Schwerpunktsetzungen der Regionalpolitik, denn der anfängliche Utopismus – im Sinne des Glaubens an die Machbarkeit des Ausgleichs regionaler Disparitäten – ist längst einem Pragmatismus gewichen.

Die gegenwärtigen Förderprioritäten der Europäischen Regionalpolitik orientieren sich stark an sogenannten strategischen Partnerschaften. Gefordert sind überregionale Zusammenarbeit und interdisziplinäre Kooperationen, denn lokale Projekte sollen von den Erfahrungen anderer profitieren. Neben ausländischen Partnerregionen sollte aber auch das unmittelbare Umfeld einbezogen werden: Notwendig sind Gemeindekooperationen, grenzüberschrei-

tende Zusammenarbeit mit benachbarten Bundesländern oder mit den neuen Mitgliedsstaaten der EU. Die Umsetzung europäischer Programme ist zugleich Gradmesser für die Qualität regionaler Entwicklungsarbeit.

War Regionalpolitik in ihren Anfängen auf europäischem Boden vielfach als punktuelles „Krisenmanagement“ gedacht, hat sich daraus vielerorts eine Organisationsform gebildet, die durch Institutionalisierung, Beratungsleistungen und Managementaufgaben von regionaler, meist auch überregionaler, Bedeutung geworden ist. Sektorales Management ist einem sektorenübergreifenden Management gewichen – Regionalpolitik ist heute eine „Querschnittsmaterie“.

Auffallend dabei ist auch eine sich verändernde Kommunikationsform. Waren die 1970er- und 1980er-Jahre sehr von unterschiedlichen Interessen und Konfrontationen (parteilich traditionell motivierte Perspektiven und Schwerpunkte, Protestkultur der Endsechziger) in der Regionalpolitik geprägt, kann mit Beginn der 1990er-Jahre der Trend zur „Kooperation“ (Knieling 1994) und „Entideologisierung“ (Heintel 1998) festgestellt werden. Ging es in den Anfängen der europäischen Regionalpolitik primär darum, Disparitäten aufzuzeigen und bis dahin gehende Entwicklungsleitlinien (z.B. Zentrale-Orte-Konzept) in Frage zu stellen, so geht es heute tendenziell darum, konsensuale Lösungsansätze zu erarbeiten und handlungs- und projektorientiert vorzugehen.

Rückblickend stellt sich die zentrale Frage, wie Regionalpolitik unter den historischen Gegebenheiten und unter Rücksichtnahme auf gewandelte politische und gesellschaftliche Rahmenbedingungen auch zukünftig den Anspruch auf Interventionen auf regionaler Ebene aufrechterhalten kann.

Umorientierung

Das Verständnis von „Regionen“ hat sich im laufenden Diskurs der Regionalpolitik zunehmend ausdifferenziert (Blotevogel 1999a; Blotevogel 2000; Danielzyk 1998; Danielzyk 2000; Strubelt 2000; Weichhart 2000).

Regionen gelten heute nicht mehr ausschließlich als *politisch-administrative Aktivitätsregionen* im Sinne einer normativen, hierarchisch strukturierten inneren Organisation. Programmregionen und Planungsregionen haben zwar v.a. in der Landesplanung nach wie vor hohe Bedeutung, die „Planbarkeit“ hat jedoch auch ihre Begrenztheit – v.a. dort, wo Grenzen überschritten und interregionale Beziehungen und Verflechtungskontexte sichtbar werden. Wirksam werden hingegen immer öfter spezifische Zusammenhänge raumrelevanter Interaktionen, die durch Kooperationsbeziehungen, Netzwerke, soziale und institutionelle Bindungen usw. begründet werden. Hier hat die Praxisseite der Regionalentwicklung eine entscheidend verändernde Rolle gespielt. Im Kontext von funktionalen Verflechtungen wird daher von *Verflechtungsregionen* oder je nach Ausprägung von Nodalregionen (Verflechtungsregion, die in ihren Interaktionen auf ein Zentrum fokussiert ist) gesprochen. Des Weiteren gibt es *lebensweltliche Regionen* auf Basis subjektiver Wahrnehmungen, Identitätsfaktoren und kognitiven Konstrukten, sowie *Strukturregionen*, zu deren Deskription bestimmte Attribute und Homogenitäten herangezogen werden (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 1995, 805f).

Regionen bilden sich vielfach aus problembezogenen Allianzen mit netzwerkartiger Organisation. Regionen können sich somit auch überlagern, je nach Investition, Beziehungsnetzwerk oder auch kultureller Ausprägung und jeweilig regionaler Identität. Wichtig sind v.a. auch die Außenbezüge zu benachbarten Regionen (Netzwerken) und „lose“ Kooperationsbeziehungen, die je nach Bedarf aktiviert oder deaktiviert werden können. Blotevogel (1999b) spricht hier von einem „überlappenden Patchwork von Räumen“ und Weichhart (1996) von „pulsierenden, oszillierenden Mustern von Interaktionsstrukturen, ohne starrer Grenzen“.

Das Problem von sich ständig neu-konstituierenden Verflechtungsregionen liegt jedoch vielfach darin, von Seiten der Landesplanung und -politik auch als solche wahrgenommen zu werden, Kompetenzen und Verantwortungen von administrativer Stelle

übertragen zu bekommen. Auf der anderen Seite müssen sich Regionen mit fehlendem Selbstverständnis einer patchworkartigen Verflechtungsstruktur vom Druck befreien, als solche von außen so gesehen zu werden. Zugeschriebene Identität, „von außen aufgesetzt“ und verordnet (z.B. Konzeptregionen), schafft noch lange keine „innere Identität“ als Voraussetzung regionaler Entwicklung und Standortbestimmung im Sinne der Handlungsaktivität und regionalen Konstituierung. Gilt es beispielsweise, kleinregionale Entwicklungskonzepte umzusetzen, so werden Beratungsagenturen immer wieder damit konfrontiert, mehr oder weniger „unwillige“ PartnerInnen und Gemeinden an einem Tisch zu haben, die nicht „zwanghaft“ miteinander kooperieren wollen. Je stärker jedoch der Trend zu regionalen Beziehungsnetzen beobachtbar ist, desto dringlicher auch die Notwendigkeit der jeweiligen Regionen, sich als „neue Handlungsräume“ zu konstituieren.

Verflechtungsregionen bedürfen jedenfalls eines Umdenkens und einer Neuorientierung der handelnden AkteurInnen, institutionell verankerten Einrichtungen und der gesetzlichen Rahmenbedingungen – wie auch Scheer (1999, 31) bestätigt:

„Durch die Entwicklung der letzten 10 Jahre haben rein geographisch definierte Regionen im Vergleich mit sich vielfältig überschneidenden thematischen Regionen an Bedeutung verloren. Thematische Regionen werden in Zukunft noch wichtiger werden. Dieser Entwicklung muss jede regionale Organisation und Tätigkeit Rechnung tragen. Das erfordert ein hohes Maß an Flexibilität im Denken und Handeln der Menschen, aber auch in der Organisation und der Arbeitsweise von Dienstleistungseinrichtungen.“

Grenzen sind letztendlich für Inhalte und Projekte hinderlich, auch Zielgebietskulissen der europäischen Regionalpolitik bedürfen hier einer gewissen Anpassung. Das Zustandekommen von Regionen korreliert demnach mit spezifischen lokalen und regionalen Voraussetzungen. Bestehende lokale und überregionale AkteurInnengruppen und Netzwerke (Humanressourcen, Know-how, „lokales/regionales Wissen“, Kooperationen) sind ebenso mitverantwortlich für die Profilierung (Bildung) einer

Region wie die bestehende Dichte der Infrastruktur (regionale Wirtschaft, Unternehmen, „Cluster“) (Schwarz 2003). Vor allem (überregionale) Beziehungen sind es, die zukünftig verstärkt an Bedeutung gewinnen und den regionalen Verbund durch die wettbewerbsbestimmende Interaktionsdichte dominieren werden.

Gerade Wettbewerbe von europäischer oder jeweilig nationaler Seite fördern diesen Zugzwang zu kollektiven Handlungsformen (Fürst 2001). „Innovative Aktionen“, Gemeinschaftsinitiativen (Zwang zur Selbstorganisation, Herausbildung von und regionale Konkurrenz zwischen LEADER-Aktionsgruppen)², Regionswettbewerb Kulturlandschaft³, InnoRegio⁴, Zukunft der Regionen⁵, Lernende Regionen – Förderung von Netzwerken⁶ sind Beispiele dafür. Zunehmend werden Fördermittel auch explizit an Wettbewerbskriterien gebunden. Kooperationsaufbau und Vernetzung ist ausdrückliches politisches Ziel und Leitlinie der europäischen Regionalpolitik.

Regionalpolitik bedient sich zur Erreichung festgesetzter Ziele unterschiedlicher Maßnahmen und Instrumente. Je nach Ausgangssituation, räumlichem Bezug, betroffenen AkteurInnen und Problemstellung gilt es einen entsprechenden Mix an Maßnahmen bereitzuhalten. Unterschiedliche Instrumente stehen hier zur Verfügung (Amt der Niederösterreichischen Landesregierung 2002, 73). Rechtsverbindliche Instrumente (z.B. Gesetze, Verordnungen, div. Pläne, Programme), informelle Instrumente (z.B. unverbindliche Programme, Konzepte, Beratung, Bildung, Information, Kommunikation), Kooperations-, Konfliktregelungs- und Konsensinstrumente (z.B. Partizipationsverfahren, Mediation, Moderation), Development-Instrumente (z.B. Infrastruktur und Institutionen wie Regionalmanagements etc.) und letztendlich monetäre Instrumente (z.B. Steuern, Förderungen, Abgaben, Gebühren) bilden eine breite Palette auf der Instrumentenebene. Ergänzend gilt es, Prüfinstrumente (z.B. Umwelt- und Raumverträglichkeitsprüfung, Strategische Umweltprüfung) – meist als Voraussetzung bestimmter Vorhaben – bereits frühzeitig in den Planungs- und Strategieprozess et-

waiger Projektvorhaben in der Regionalentwicklung mit zu berücksichtigen. Je komplexer die jeweiligen Zielsetzungen, desto umfassender ist in der Regel das zu ergreifende Maßnahmenbündel.

Regionalpolitik zwischen ländlich-peripheren Regionen, suburbanen Regionen und Zentren

Regionalpolitik ganz allgemein und die Agrarpolitik der Europäischen Union im Speziellen dominieren durch den verfügbaren Budgethaushalt auch die aktuelle Programmplanungsperiode der Europäischen Union von 2000 bis 2006. Landwirtschaftlich funktionalisierte sowie periphere Regionen Europas erhalten hier Zugriff auf materielle Zuwendungen, die erstens einmal verwaltet und zweitens noch sinnvoll ausgegeben werden müssen. Waren vor dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union ländlich-periphere Regionen stolz, Erfolge regionaler Entwicklungsarbeit vorstellen zu können, so ging es danach darum, sich so „unterbemittelt“ wie möglich zu präsentieren, um mehr am europäischen Förderkuchen naschen zu können.

Die Partizipation an einer monetär orientierten Förderpolitik von Seiten der Europäischen Union steht vielfach vor inhaltlicher Argumentation oder regionaler Notwendigkeit.

„Die Kooperation im ländlichen Raum wird stärker durch externe Anstöße oder die Abwehr regionsfremder Einflüsse bestimmt als durch einen kollektiven Willen, die regionale Entwicklung in die eigenen Hände zu nehmen. Kooperation im ländlichen Raum wird nicht selten unter der Perspektive initiiert, staatliche Verteilungsentscheidungen zum eigenen Vorteil zu beeinflussen“,

bemerkt Fürst (1999, 56f) treffend. Auch die regionalpolitischen Aufgaben der Administrativeinrichtungen in Bund und Ländern haben sich vorwiegend auf die Abwicklung der EU-Regionalförderung reduziert, „das politische Interesse gilt ausschließlich (intern) der Mittelaufteilung und (extern) der Mittelausschöpfung“ (Schindegger 2002, 103).

Eine erfolgreiche Politik für ländlich-periphere Regionen bedarf daher umfassender, koordinierter Konzepte, in denen die Landwirtschaft nur ein Segment darstellt, ist sie es doch, die nur mehr einen geringen Prozentsatz der regionalen Wertschöpfung hervorbringt. Auch der stete Rückgang der in der Land- und Forstwirtschaft Beschäftigten bestätigt diesen Trend. Es gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass Agrarwirtschaft und (Regional)Entwicklung in ländlich-peripheren Regionen nicht synonym zu verwenden sind.

Den „ländlichen Raum“ in einer Gesamtbetrachtung gibt es ohnedies schon lange nicht mehr (Akademie für Raumforschung und Landesplanung 2000; Danielzyk 2001). Vielmehr wird von Suburbanisierungsräumen, zentrumsnahen (Räume in günstiger Lage zu Verdichtungsräumen) bzw. zentrumsfernen (peripheren) oder funktionalisierten ländlichen Räumen (z.B. intensiv touristisch genutzte ländliche Räume; Räume mit günstigen Produktionsbedingungen für die Landwirtschaft; gering verdichtete Räume mit industriellem Wachstumspotenzial) gesprochen (Österreichische Raumordnungskonferenz 2002). Auch die Gleichsetzung des „ländlichen Raumes“ mit automatisch strukturschwachem Raum kann als überwunden betrachtet werden (Danielzyk 2000, 147).

Lange hat es gedauert, bis Rahmenbedingungen geschaffen wurden, die ländlich-periphere Regionen in ihrer Heterogenität als „Gesamtpaket“ berücksichtigen. Sektorale (Agrar)Politik war lange Zeit ein Hemmschuh ländlicher Entwicklung in vielen Teilen Europas. Ziel-1 und Ziel-5b Förderkulissen von 1995-1999 haben dem Versuch einer koordinierten sektorenübergreifenden Programmplanung für einen definierten Zeitraum mit entsprechenden Finanzmitteln den Weg bereitet. Maßnahmen aus ganz unterschiedlichen Wirtschaftsteilbereichen wurden und werden hier auch zukünftig (zum Teil unter anderem Namen) aus einem Förderprogramm finanziert. Ähnlich dem „Kooperationszwang“ bei Gemeinschaftsinitiativen (Lückenköter 2001) besteht hier die Vorgabe, vor Ort koordinierte Abstimmungsarbeit zu leisten. INTERREG III in der derzeit laufenden Programmperiode ist beispielsweise

das erste verbindliche grenzüberschreitende Kooperationsprogramm, bei dem Absichtserklärungen allein zu wenig sind, um an Fördermaßnahmen zu partizipieren. Dieser Anstoß von europäischer Seite war für Österreich mehr als notwendig und ist ein weiterer Schritt in Richtung eines umfassenden und der Komplexität entsprechenden Managements von Regionen.

Zukünftig wird es auch in Österreich verstärkter darum gehen müssen (wie ja in den einzelnen Programmen der Europäischen Union festgehalten wird), sektorale Politiken miteinander so zu verzahnen und langfristig wirksame Strukturverbesserungen vor Ort zu induzieren, dass der Bedeutungsverlust im Agrarbereich durch andere Wirtschaftsaktivitäten und v.a. Flächennutzungen kompensiert werden kann. Die Gefahr, dass das formulierte Anliegen nicht gelingt, ist gegeben. Die Bedeutung (bzw. die abnehmende Bedeutung) der Landwirtschaft in ländlich-peripheren Regionen wird mittelfristig in Österreich nicht mehr über derartig hohe Förderprioritäten festgemacht werden können.

In die Zukunft blickend steht die „Aufwertung des Regionalen“ in ländlich-peripheren Regionen durch Fördergelder in den bisherigen Mitgliedsstaaten der Europäischen Union (EU-15) auch zunehmend in Konkurrenz zur erweiterten EU (EU-25), worin zweifelsohne der künftige Schwerpunkt einer gemeinsamen europäischen Förderpolitik liegen wird und soll. Ab dem Ende der derzeit gültigen Programmperiode der europäischen Regionalpolitik im Jahr 2006 wird eine Mittelumwidmung des Gesamthaushaltes in jedem Fall vorgenommen werden. Die „flächendeckende“ Förderung in ländlich-peripheren Regionen und gezielte Regionalisierung im Rahmen diverser Ziel- und Gemeinschaftsinitiativen in bisherigen Mitgliedsstaaten (EU-15) wird dann nicht mehr in diesem Umfang möglich sein. Nationalstaatliche Politiken werden wieder verstärkt gefragt sein und ehemalige Pionierprogramme (z.B. „Waldviertelplan“, Berglandaktionsfonds, Grenzlandförderung) v.a. in Österreich in Erinnerung rufen.

Die Frage, wie ehemalige Fördergebiete („*Phasing-out*“ – Übergangsgebiete von alter zu

neuer Zielgebietsstruktur) in ländlich-peripheren Regionen Österreichs mit Nichtförderung umgehen, bleibt ebenfalls noch weitgehend unbeantwortet. Ob es hier gelungen ist, von 1995–1999 tragfähige Kooperationsstrukturen und zukunftsgerichtete Entwicklungsimpulse zu induzieren, ist in vielen Fällen noch nicht eindeutig belegt, Evaluierungen sind z.T. noch ausständig. Eine sektorübergreifende Politik für ländlich-periphere Regionen war dann möglicherweise nur ein vorübergehender Impuls, der auch für weitere noch in der Förderkulisse integrierte Gebiete droht, die 2006 aus eben dieser herausfallen werden. Möglicherweise tritt dann die europäische Idee intersektoraler Verbindungen und Verbindlichkeiten für ländlich-periphere Regionen in Österreich wieder in den Hintergrund regionalpolitischer Strategien. In weiterer Folge gilt es dann zu diskutieren, inwieweit die noch gezieltere Förderung strategischer Netze nicht wesentlich sinnvoller wäre und noch weiter ausgebaut werden sollte als die von Einzelmaßnahmen („Gießkannenprinzip“) und Prestigeprojekten (z.B. infrastrukturbezogene Leitprojekte in Ziel-1 Gebieten) in peripheren Gebieten.

Die Rahmenbedingungen für regionale Entwicklung in Zentren sind von der Ausgangslage natürlich anders als die in ländlich-peripheren Regionen. Von der Raumentwicklungspolitik der Nachkriegszeit und dem damit verbundenen Verständnis (Stadt und Land als sehr unterschiedliche Systemwelten) ausgehend, haben Zentralräume traditionell ein Mehr an staatlichen Investitionen erfahren als ländlich-periphere Regionen. Das Zentrale-Orte-System als langzeitliche Grundlage der europäischen Raumordnungspolitik ist dafür mitverantwortlich (Henkel 1993, 201f). Auch die Ansprüche des Disparitätenausgleichs zwischen Zentren und Peripherien in den 1970er- und noch 1980er-Jahren konnten daran nichts Substanzielles verändern (Österreichische Raumordnungskonferenz 1992).

Trotz mannigfaltiger Interventionen in Zentralräumen fehlte vielfach eine gezielte strategische Entwicklung im internationalen Kontext. Neue Formen des Marketings (z.B. KMU, Handel, Gewerbe) und die zunehmend komple-

xeren Verflechtungsbeziehungen mit suburbanen Regionen machen Neuerungen in Zentralräumen jedoch auch mehr als notwendig. Vor allem die interne „totale Konkurrenz“ (Schindegger 2002, S. 100) im Kampf um Investoren zwischen Kernstadtgemeinden und Umlandgemeinden sind für ein unkoordiniertes Wachstum und zum Teil chaotische Standortentwicklungen mitverantwortlich. Stadtregionen und polyzentrische Entwicklungskonzepte ernten daher nicht umsonst eine besondere Aufmerksamkeit (Benz 2001; Danielzyk 2001, Danielzyk/Priebs 2000; Europäische Kommission 1999; Priebs 1997).

Auch in bisher wirtschaftlich tendenziell begünstigten Zentralräumen gibt es ein sukzessives – wenngleich auch häufig sehr zaghaftes – Umdenken in Richtung „Kooperation“ mit dem Umland (Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen 2003). Die Gründe dafür sind vielfältig: In vielen Städten Europas werden suburbane Regionen, der (sich ständig verschiebende) Stadtrand („*blurring borderlines*“) zum Dauerkonfliktthema für betroffene Gemeinden und Bezirke u. a. in wirtschaftlichen, verkehrspolitischen sowie gesellschafts- und umweltbezogenen Fragestellungen. Auch der zunehmende „Wettbewerb der Regionen“ hat die europäischen Stadtregionen erfasst, nicht zuletzt ist die Erweiterung der Europäischen Union dafür mitverantwortlich. Letztendlich haben sich auch strategische Argumente wie Städtenetze und -partnerschaften, Stadtmarketing (Helbrecht 1994; Kuron 1997) und Sanierungskonzepte urbaner Verfallsbereiche und Integrationsprojekte (z.B. Lokale Agenda 21) für regionales Denken und Handeln auch im urbanen Milieu – nicht nur durch die Gemeinschaftsinitiative Urban motiviert (Europäische Union 2003) – durchgesetzt.

Stadtregionen und sogenannte Städtenetze kommen verstärkt in Mode (Glisenstein et al. 1997; Keller/Stamm 1997), sie verstehen sich auch als Gegengewicht zu großen Metropolen (Metropolregionen) innerhalb der Europäischen Union. Die Sicherung der Konkurrenzfähigkeit der Klein- und Mittelzentren, Aufbau einer interkommunalen Kommunikation sowie bewuss-

te Steuerung von stets zunehmenden Stadt-Umland-Problemen stehen dabei häufig an vorderster Stelle der regionalpolitischen Argumentation. Klein- und Mittelzentren sollen auch bewusst als Entlastungsfaktor für überregionale Zentren aufgebaut werden – ganz im Sinne einer polyzentrischen Entwicklung des Europäischen Raumentwicklungskonzeptes (EUREK) (Europäische Kommission 1999; Schindegger/Tatzberger 2002). Vor allem der Zusammenschluss unterschiedlicher Städte scheint hier als Zielsetzung erwähnenswert. Die effizientere Nutzung gemeinsamer Ressourcen und Absatzmärkte gilt als strategische Ausrichtung und ist Merkmal von Städtenetzen ebenso wie die funktional koordinierte Zusammenarbeit. Die wachsende Kooperation zwischen Zentren basiert auf gemeinsamen Interessenlagen und ist – ebenso wie in ländlich-peripheren Regionen – von der Intention her handlungsorientiert.

Die Konfliktebenen beim Auf- und Ausbau von Stadtregionen liegen jedoch auf der Hand: Konkurrenz zwischen Städten und potenzieller Kaufkraftabfluss von höherrangigen Zentren in suburbane Regionen, gekoppelt mit Fragen der Verkehrsinfrastruktur und der Widmung von Gewerbegebieten sind Dauerbrenner. Innerhalb von Städtenetzen wiederum geht es natürlich auch um Ängste wegen eines möglichen Souveränitätsverlusts gegenüber einer Partnerstadt.

Stadt(rand)regionen bilden auch häufig den Ausgangspunkt für Cluster-Bildung als regionalpolitischer Strategie. Um auch in städtischen bzw. suburbanen Regionen die Abstimmungsarbeit zwischen unterschiedlichen Interessensparteien v.a. in wirtschaftspolitischen Belangen zu koordinieren und Informationen über die Vergabemöglichkeiten von Förderungen auf breiterer Basis zu gewährleisten, werden auch im städtischen Bereich mehr und mehr Institutionen regionaler Entwicklung implementiert. Gerade dem Clustermanagement, der Abstimmungsarbeit von Unternehmen, Wertschöpfungsketten, Zulieferer- und Absatzbeziehungen, spezifischen Dienstleistungen sowie Ausbildungs- und Forschungskooperationen zur Sicherung gezielter Innovationsleistungen kommt eine immer höhere Bedeu-

tung im Rahmen regionalpolitischer Interventionen zu.

Nachteile für städtische Regionen liegen eindeutig im geminderten Kooperationsinteresse des Kernstadtbereiches und den meist traditionellen Kernstadt-Umland-Konflikten (z.B. Wien-Süd). Regionale Kooperationen über eine Stadt/Umland-Grenze hinweg bedürfen einer besonders sensiblen politischen Steuerung, nicht zuletzt wegen häufig sehr unterschiedlicher Interessen- und Gesetzeslagen (z.B. Kaufkraftabfluss, Infrastrukturplanung, Finanzausgleich etc.). Auch Kooperationen zwischen öffentlichen und privaten TrägerInnen, InvestorInnen etc. (*public-private-partnership*) – die im Zentralraum weit mehr verankert sind als in der Peripherie – gehen nicht immer friktionsfrei über die Bühne. Die Vereinheitlichung gesetzgebender Administration als Grundlage für einen gemeinsamen regionalen Verbund von Stadt und Stadt-Umland ist zudem in der Regel sehr aufwendig und von unterschiedlichen Interessen motiviert. Die thematische Auseinandersetzung mit Stadtregionen ist in Österreich erst jüngeren Datums (z.B. „Vienna-Region“) und auch noch nicht sehr ausgereift (Seiß 2003). Die Bedeutung von inner- und intrastädtischer Kommunikation und Kooperation wird künftig zunehmen, sei es aus wachsendem Problemdruck oder aus einer Pragmatik heraus.

Institutionalisierung als Beispiel einer kooperationsintendierten Regionalpolitik

Die Regionalpolitik der vergangenen 15 Jahre in Österreich ist durch einen enormen Investitionsschub auf institutioneller Ebene gekennzeichnet. Noch nie zuvor hat es dermaßen viele und mit verschiedenen Aufgaben und Steuerungslogiken ausgestattete Institutionen regionaler Entwicklung in Österreich gegeben. Abbildung 1 zeigt am Beispiel Niederösterreichs eine systematische Aufstellung der Institutionen, die mit Regionalentwicklung befasst sind.

Eine *Regionalentwicklungsagentur* (Abb. 1, Teil 1) ist eine aus öffentlichen Mitteln finanzierte Institution, die aber außerhalb der Haupteinflussbereiche der zentralen und lokalen

Regierungsverwaltung liegt. Die Tätigkeiten einer *Regional Development Agency* (RDA) liegen primär in der wirtschaftlichen Entwicklung einer Region (z.B. eindimensionale Unterstützungsangebote wie Förderaktionen für Unternehmer, Betriebsansiedlung, touristische Impulsthemen, Förderung wirtschaftlicher Infrastruktur oder komplexe Unterstützungsangebote wie die Förderung von Unterstützungsnetzwerken) im Sinne regional maßgeschneiderter, komplexer Unterstützungsangebote in Kooperation mit regionalen PartnerInnen (Plitzka 1999). Die Zukunft der regionalen Entwicklungsagenturen (im Fall Niederösterreichs der ECO Plus) wird vorrangig im Aufbau von Wirtschaftskooperationen (Networking, Lernende Netzwerke, regionale Wettbewerbsfähigkeit im globalen Kontext, Technologieinnovation und *Centers of Excellence*) gesehen (Bentley 2000; Halkier et al. 1998; Huber 1996; ÖAR-Regionalberatung GmbH 1996; Ward et al. 2003; Webb/Collis 2000).

Wirtschaftsparks (WP) stellen in der Regel einen Sammelbegriff für im Betriebsgelände angesiedelte weitere Institutionen dar. So sind v.a. Gründer- und Technologiezentren – mit meist unterschiedlicher thematischer und technologieorientierter Schwerpunktsetzung – Bestandteile eines Wirtschaftsparks. Wirtschaftsparks dienen v.a. einer koordinierten infrastrukturellen Aufschließung von strategisch günstigen Standorten. Der Verkehrsanbindung (Grenzübergang, Autobahnanschluss, Hafen, Bahnanbindung, Flughafen etc.) kommt dabei ebenso eine hohe Bedeutung zu wie der Errichtung von Betriebsobjekten und einer inhaltlich strategischen Positionierung im Sinne von F&E sowie potenzieller Clusterförderung. Baulandreserven für weitere Ausbaustufen werden in der Regel bereitgehalten, eine Erweiterung ist somit je nach der Bedarfslage und der Investitionsnachfrage gegeben. Wirtschaftsparks werden gerne als Prestigeprojekte und Entwicklungsmotoren der Landesentwicklung gesehen⁷. Wirtschaftsparks auf europäischer Ebene werden auch zunehmend grenzüberschreitend implementiert.

Regionale Innovationszentren (RIZ) bieten Beratungsleistungen, Qualifizierungsmaßnah-

men, oft enge Kooperationen mit Fachhochschul- und Universitätsstandorten. Sie bilden vielfach eine Verbindung von Innovations-, Beschäftigungs- und Bildungspolitik. Gleichzeitig sind sie Standorte von Gründerzentren („*Easy Startup*“) mit entsprechenden diesbezüglichen Leistungen und der verfügbaren Infrastruktur. Netzwerkaufbau zwischen den RIZ, innerhalb der jeweiligen Region und auch zunehmend innerhalb Europas für JungunternehmerInnen zählen ebenso zu den Serviceleistungen eines RIZ wie die generelle Unterstützung zur Selbstständigkeit für UnternehmerInnen.

Gründerzentren (GZ) dienen der Belebung des regionalen Arbeitsmarktes, indem speziell junge UnternehmensgründerInnen auf vielfältige Art unterstützt und gefördert werden. Beratungsunterstützungen bis hin zu Infrastrukturunterstützungen sind Inhalte, die hier v.a. KMU zugute kommen.

Technologiezentren (TZ) sind in der Regel in einer Technologierichtung und deren Umfeld spezialisiert und bieten entsprechende Kooperationsmöglichkeiten für die lokale Wirtschaft. Auch die Anbindung an Fachhochschulen oder Ausbildungslehrgänge unterstreicht den integrativen Charakter dieser Institution. Vor allem neuen Technologien kommt dabei eine übergeordnete Bedeutung zu. Moderne Formen der Kommunikation ebenso wie Umwelttechnologien bilden hier häufig die Schwerpunkte und Grundlagen für weitere Ausbaustufen.

Grenzüberschreitende Impulszentren (GIZen) wurden als Projekte der Niederösterreichischen Grenzlandförderungsges.m.b.H. (2002, 5) eingerichtet. Sie haben Modellcharakter und dienen dem kleinregionalen Aufbau von grenzüberschreitenden Kooperationsbeziehungen im wirtschaftlichen und kulturellen Bereich. Das Ziel liegt in der sukzessiven Auflösung mentaler und realer Grenzen als Barrieren der bilateralen Beziehungen. Sie werden von niederösterreichischer Seite als wichtige Maßnahmen zur Vorbereitung der EU-Integration der angrenzenden Nachbarstaaten gesehen. Von den Aufgaben gehört die Etablierung von Kleinbetrieben am neuen Markt (Marktfindung, Marktauf-

bereitung, technische Beratung, Kooperationsumsetzungsberatung, „*Backing*“) ebenso dazu wie eine Branchenstärkung (Fokussierung) regionaler Leitbetriebe. Kritisch muss hier bemerkt werden, dass die Komplementärfunktion der GIZen zu bereits etablierten Einrichtungen nicht immer erkennbar ist, zum Teil auch mit diesen konkurriert.

Dem *Regionalmanagement* (Abb. 1, Teil 2) kommt in dieser Institutionenlandschaft v.a. eine erhöhte Koordinationsfunktion regionaler Aktivitäten zu. Die Vernetzung regionaler AkteurInnen, Projektinformationen und -koordinationen zählen dabei ebenso zu den Aufgabebereichen wie strategisch konzeptionell ausgerichtete Entwicklungsschritte (Produktentwicklung, Leitbilder etc.). In Niederösterreich sind ländlich-periphere Regionen flächendeckend mit dieser intermediären Institution zwischen Land und Region ausgestattet.

Die *Dorf- und Stadterneuerung* hat v.a. in Niederösterreich schon eine lange Tradition und ist aus der Landesentwicklungspolitik der letzten Jahrzehnte nur schwer wegzudenken. Historisch als Wegbereiterin der Stadt- und Ortskernverschönerung sowie Revitalisierung hat sich daraus eine Institution gebildet, die mit einer Vielzahl an Aktivitäten fixer Bestandteil der Regionalentwicklung geworden ist. Die Zielsetzungen der Dorferneuerung umfassen laut Selbstdarstellung

„soziale, wirtschaftliche, kulturelle und ökologische Aspekte eines Ortes und sind bestrebt, die Bereitschaft der Bewohner wachzurufen, mit ihren eigenen Kräften eine Verbesserung der Lebensqualität im Ort anzustreben“.⁸

Ebenso geht es um die Stärkung der regionalen Wertschöpfung in der Region unter optimaler Ausnützung der regionalen Ressourcen. Die Stadterneuerung zeichnet sich v.a. durch partizipative Maßnahmen im Sinne von Leitbildprozessen aus, was zu einer erhöhten Motivation an Mitgestaltung von gemeinwesenorientierter Politik führen soll.

In Niederösterreich sind zahlreiche *Regionalberatungsagenturen* aktiv. Viele davon sind jedoch in Wien angesiedelt (z.B. ÖAR-Regionalberatung GmbH). Das inhaltliche sowie re-

Abbildung 1: **Institutionalisierung einer kooperationsintendierten Regionalpolitik am Beispiel Niederösterreich (Teil 1)**

Institutionen	Regionalpolitische Aufgaben und Zielsetzungen	ausgewählte Beispiele	regionale Vernetzung	überregionale Vernetzung
Regionalentwicklungs-agentur http://www.ecoplus.at	Standortentwicklung von Niederösterreich; Impulsprojektförderung; Netzwerk- und Clusteraufbau; grenzüberschreitende und interregionale Projekte; Ansiedlungskoordination und -konzeption	ECO plus Niederösterreichs Regionale Entwicklungs-agentur GmbH	sehr hoch aufgrund der Landeszuständigkeit	mittel; zunehmend jedoch im grenzüberschreitenden Bereich zu Nachbarstaaten aktiv (CZ, SK)
Wirtschaftspark (WP) (auch Industriepark) Überblick vgl.: http://www.ecoplus.at	meist übergeordneter Begriff für unten noch näher ausdifferenzierte Institutionen; Aufschließung von Standorten und Rückhaltung von Grundstücksreserven in strategischer Lage (Verkehrsanbindung); Errichtung von Betriebsobjekten; Kompetenzzentren im Sinne der Clusterentwicklung, F&E-Sektor; Investitionsanreize	dzt. 12 in NÖ (z.B. Bruck an der Leitha, Ennsdorf, Heidenreichstein, Kematen, Kottlingbrunn, Marchegg, St. Pölten, Poysdorf, Wolkersdorf etc.)	sehr hoch durch regionale Firmen; als Arbeitsplatzgeber sehr starke Verflechtungszusammenhänge (Forschung, Ausbildung, lokale Dienstleistungen etc.)	sehr hoch, v.a. auch durch Ansiedlung von internationalen Firmen; Forschungs-kooperationen; Zuliefer-aktivitäten etc.
Grenzüberschreitender Wirtschaftspark http://www.access.co.at/	Komplementärnutzen von Know-how und billiger Arbeitskraft; Ansiedlung bzw. Erhalt von Betrieben in Region; Schaffung von (Billig)Arbeitsplätzen; Zugriff auf unterschiedliche Beschaffungs- und Absatzmärkte	Gmünd – České Velenice; einziger grenzüberschreitender WP in NÖ	könnte sowohl in A als auch in CZ von den verfügbaren Ressourcen (potenzielle Betriebsfläche etc.) höher sein als tatsächlich ausgeschöpft	
Regionales Innovationszentrum (RIZ) http://www.riz.co.at	Beratungsleistungen; Lehrgänge; Ausbildungen; integrierte Gründerberatung; Infrastrukturerschließung etc. (Inputs für regionale Wirtschaft, Ausbreitungseffekte); in Verbindung mit Universitätsstandorten auch als „Science Park“ institutionalisiert	dzt. 12 in NÖ (z.B. Amstetten, Gänserndorf, Groß Siegharts, Hollabrunn, Krems, Mistelbach, Waidhofen etc.)	hoch, z.T. in regionalen Clustern und/oder Netzwerken	vom jeweiligen Standort her sehr unterschiedlich
Gründerzentrum (GZ) Überblick vgl.: http://www.ecoplus.at	Unterstützung des regionalen Arbeitsmarktes (KMU) durch Investitionsförderung; Unternehmensgründungen; Jungunternehmerförderung; Standortförderung von High-Tech-Betrieben; Kooperationsberatung	z.B. in diversen Wirtschaftsparks oder in den RIZ	sehr hoch, da lokale GründerInnen gefördert werden; regionale Grundversorgung durch Gewerbe	unterschiedlich je nach internationaler Integration der jeweiligen GründerInnen
Technologiezentrum (TZ) http://wko.at/noe/tip/	Unternehmensservice; „neue“ Technologien (z.B. ökologische Betriebsberatung, Umweltechnologie); enge Zusammenarbeit mit Forschung und Ausbildung (Fachhochschulen); Technologie-, Investitions- und Innovationsberatung	z.B. TFZ Wiener Neustadt, GTZ St. Pölten	sehr hoch, v.a. wenn in direkter Kombination mit Fachhochschulen	variiert je nach thematischer Ausrichtung und Kooperation
Grenzüberschreitendes Impulszentrum (GIZen) z.B. http://www.region-thayatal.at/giz/	Unterstützungsleistung für (grenzüberschreitende) Projekte und Alltagsaktivitäten; kleinregionaler Aufbau von Kooperationsbeziehungen; Modellprojekte für kulturelle und wirtschaftliche Aktivitäten	dzt. 10 grenzüberschreitende Impulszentren in NÖ (z.B. Hohenau, Retz, Thayaland, Thayatal, Region Weitra etc.)	sehr hoch, da von der Intention her bilateral ausgerichtet; sukzessiver Abbau der Grenzen durch bilaterale Kooperation soll zu neuem Regionsverständnis im Grenzraum führen	

Abbildung 1: **Institutionalisierung einer kooperationsintendierten Regionalpolitik am Beispiel Niederösterreich (Teil 2)**

Institutionen	Regionalpolitische Aufgaben und Zielsetzungen	ausgewählte Beispiele	regionale Vernetzung	überregionale Vernetzung
Regionalmanagement regionale Entwicklungsorganisation http://rm-austria.at	Aktivierung und Vernetzung regionaler AkteurInnen; Projektentwicklung und z.T. auch -umsetzung; Projektberatung; Förderlotse (Information); regionales Marketing; Öffentlichkeitsarbeit; Koordinationsleistungen (Leitbilder, Partizipationsverfahren, Moderation regionaler Prozesse)	dzt. 5 in NÖ (z.B. EU-Plattform Pro Waldviertel, Regionalverband Mostviertel, Regionaler Entwicklungsverband NÖ-Mitte etc.)	sehr hoch, da regionale Initiativen koordiniert werden; Projektarbeit vor Ort; unmittelbare Wertschöpfung, regionale Finanzierung	gering, aber ansteigend, da zunehmende Integration in internationale ProjektpartnerInnenschaften und Kooperationen
Regionalberatung http://www.regionalberatung.at/	Beratung und Konzepterstellung in: Stadtmarketing, Stadt- und Gemeindeentwicklung; Energie- und Tourismuskonzepten; Telematik und neuen Medien; Eventgestaltung; kleinregionalen Entwicklungsprogrammen; grenzüberschreitende Zusammenarbeit; Bildungsangebote; Leitbildentwicklung	z.B. Wallenberger & Linhard Regionalberatung GmbH	sehr hoch, v.a. bei etablierten Einrichtungen in der Region (traditionelle Auftragnehmer)	hoch, je nach Auftragserteilung zunehmend in den neuen Beitrittsländern tätig
Dorf- und Stadterneuerung http://www.dorfstadterneuerung.at/	Dorf- und Stadterneuerung; Ortskernförderung; kommunikative Prozesse der BürgerInnenbeteiligung; Know-how-Transfer in Nachbarländer; kommunale Entwicklungsprojekte; Förderung der Regionalkultur; Leitbildentwicklung in Klein- und Mittelstädten	Verband für Landes-, Regional- und Gemeindeentwicklung in Hollabrunn (inkl. diverse regionale und lokale Einrichtungen)	sehr hoch, da lokale und regionale Beteiligungsprozesse im Vordergrund stehen; Aktivierung der regionalen Bevölkerung	gering, außer im ansteigenden Bereich der Kommunikation und Kooperation mit den Nachbarstaaten (CZ, SK)
EUREGIO http://www.euregio-weinviertel.org	Institutionalisierung der grenzüberschreitenden Kooperation in den Bereichen: Infrastrukturförderung; Qualifizierung und Bildung; Tourismus und Kultur; Regionalplanung; Naturschutz; Katastrophenschutz; Sicherheit	EUREGIO Weinviertel – Südmähren – Westslowakei	sehr hoch, da auf allen Ebenen trilateral ausgerichtet; ganz gezielter Aufbau von Kommunikations- und Kooperationsstrukturen (transnationale PartnerInnenschaften) über die Grenzen hinweg	
LEADER Aktionsgruppen (LAG) http://www.rural-europe.acidl.be	z.T. inhaltliche und organisatorische Überschneidungen mit den Aufgaben div. Regionalentwicklungsvereine (s.u.); Dienstleistungen in der Telekommunikation; Radtourismus; Zeitung und Prospekte; Direktvermarktung	Auland Carnuntum, Kamptal, NÖ-Alpin, Pielachtal, Wachau, Weinviertel	sehr hoch, da es primär um die eigene Projektbetreuung und Umsetzung geht	mittel; überregionales Marketing (z.B. Bauernladen in Wien); grenzüberschreitende Radwege (A-CZ)
Regionale Vermarktungs-GmbH; Regionalentwicklungsverein http://www.retzerland.co.at/ und http://www.landumlaa.at/etc	regionale Tourismuskonzeptentwicklung und -umsetzung; regionales Marketing (Tourismus, Direktvermarktung; Produktentwicklung); Eventmanagement; regionale Kommunikation (Internetpräsenz etc.); regionale Ausarbeitung von Freizeitangeboten und kulturellen Veranstaltungen; Herstellung regionaler Printmedien und Informationen	z.B. Retzer Land, Land um Laa, Kulturpark Eisenstraße-Ötscherland, Kulturpark Kamptal, Land um Hollabrunn	sehr hoch, da sich das jeweilige Aufgabengebiet so gut wie ausschließlich auf die eigene Region beschränkt; sehr enge Kooperation mit lokalen AkteurInnen	gering, außer im Bereich von überregionalem Marketing und grenzüberschreitenden Tourismusprojekten

gionale Arbeitsfeld ist von der Auftragslage abhängig. Traditionelle Bereiche betreffen Stadt- und Regionalmarketing, Gemeinde- und Leitbildentwicklung, grenzüberschreitende Programme und diverse Qualifizierungsmaßnahmen (Angebotsentwicklung und regionspezifische Angebote). Auch das Eventmanagement hat in der letzten Zeit als Arbeitsfeld stark zugenommen. Als AuftraggeberInnen fungieren auf der einen Seite das Land inklusive zahlreicher Förderschienen der Europäischen Union, auf der anderen Seite sind es v.a. die Städte und Gemeinden, die z.B. an Energie-, Vermarktungs- oder Tourismuskonzepten sowie kleinregionaler Entwicklungsplanung oder Leitbildgestaltung interessiert sind.

EUREGIOS fungieren als institutionalisierte Wegbereiterinnen der Grenzöffnung und Vorbereiterinnen der Erweiterung der Europäischen Union im unmittelbaren bilateralen Kooperationsbereich über die Grenze hinweg. Themen, die von grenzüberschreitender Bedeutung sind, werden somit auch Themen der *EUREGIOS*, nicht nur im Tourismus und in der Kultur. Auch in Fragen des Gebietsschutzes, der Regionalplanung, des Katastrophenschutzes und in Fragen der Sicherheit wird diese Institution aktiv. Informationsleistungen, Qualifizierungsmaßnahmen⁹ und der Ausbau der jeweiligen Sprachkompetenz runden das Aufgabenspektrum ab. *EUREGIOS* könnten bei entsprechender Etablierung, regionaler Verankerung und Akzeptanz auch eine generell höhere Kompetenz in Fragen bilateraler Beziehungen zugesprochen werden, um die Integration und angestrebte Kohäsion rascher vorantreiben zu können.

Von sämtlichen bisher vorgestellten Institutionen entsprechen *LEADER Aktionsgruppen (LAG)* am unmittelbarsten dem Verständnis einer (von Seiten der Europäischen Union intendierten und mitfinanzierten) „bottom-up“-Regionalpolitik. Gemeinden als Trägervereine bilden in der Regel die Basis für die LAGs. Die inhaltlichen Ausrichtungen und Aufgaben decken sich vielfach mit jenen, die auch durch diverse Regionale Vermarktungs-GmbHs oder Regionalentwicklungsvereine abgedeckt werden (siehe unten). Auch gibt es hier immer wieder koordinierte institutionelle Überschnei-

dungen durch Finanzierung und Organisation. Der Fokus der jeweilig durchgeführten Projekte ist von diversen Förderrichtlinien und der vorherigen Bewilligung abhängig (Finanzierungssicherung) sowie befristet. Die LAGs sind national und international innerhalb der Europäischen Union vernetzt – ein Austausch über Aktivitäten und Projekte ist somit jederzeit möglich. Vor Ort bilden die LAGs die Basis zur Projektentwicklung, -kommunikation und -umsetzung. LAGs stärken die regionale Kommunikation und Bindung durch Partizipationsmöglichkeit und gemeinsame Ideenfindung.

Regionale Vermarktungs-GmbHs und *Regionalentwicklungsvereine* treten ebenfalls in jüngerer Zeit verstärkt in die Öffentlichkeit. Im Vordergrund dieser Initiativen, die in der Regel von gemeindepolitischer Seite implementiert werden, steht meist die regionale Tourismuskonzeptentwicklung und -vermarktung. Regionales Marketing im Bereich der Produktentwicklung (Arrangements, Internetpräsenz, Aufbereitung thematischer Schwerpunkte, regionale Medien etc.), Veredelung und Direktvermarktung spielen dabei ebenso eine Rolle wie das zunehmend stärker auftretende Segment des Eventmanagements. Zyklisch wiederkehrende Ereignisse – medial entsprechend aufbereitet – ermöglichen auch eine höhere Präsenz außerhalb der jeweiligen Hauptsaison(en). Der Wildwuchs an regionalen Entwicklungsvereinen und Vermarktungs-GmbHs der vergangenen 10 Jahre steht jedoch auch dem Bedürfnis v.a. des Regionalmanagements gegenüber, eine „neue Übersichtlichkeit“ über die regionale und lokale Institutionenlandschaft zu bekommen, um deren Aktivitäten auch aufeinander abstimmen zu können. Dachverbände und Plattformen bieten dafür eine entsprechende Klammer und sind daher auch sukzessive im Aufbau begriffen.

Die jeweilig regionale und überregionale Vernetzung der einzelnen Institutionen ist je nach institutioneller Verankerung und Aufgabenstellung unterschiedlich hoch. Festgehalten kann jedoch werden, dass v.a. die regionale Vernetzung von sämtlichen Institutionen als hoch oder sehr hoch zu bezeichnen ist, was deren regionalpolitische Intention bestätigt. Auch die überregionale Vernetzung ist im Sin-

ne regionaler Entwicklung zum Teil bereits vorhanden und generell im Wachsen. Die Erweiterung der Europäischen Union zeigt hier viele Entwicklungsimpulse und -möglichkeiten auf, selbst für Institutionen mit kleinräumiger Aufgabenstellung und geringem Budgethintergrund v.a. in Grenzregionen.

Neben den dargestellten Institutionen gibt es darüber hinaus weitere (traditionelle, etablierte), die sich in Niederösterreich auf überregionaler Ebene mit Regionalpolitik befassen. Diverse Gebietskörperschaften (z.B. Abteilungen direkt im Amt der NÖ-Landesregierung), Arbeitsmarktservice NÖ (AMS), Arbeiterkammer, Bundeswirtschaftskammer, Landes-Landwirtschaftskammer, Wirtschaftsförderungsinstitut, Berufsförderungsinstitut, Forschungseinrichtungen (z.B. Donauuniversität Krems, Forschungszentrum Seibersdorf), Kulturvernetzungsstellen, Planungsgemeinschaften, Verbände, Nationalparkgesellschaften und Umweltberatung nehmen sich spezifischer Agenden regionaler Entwicklung an, sind jedoch nicht aus alleinigem Grund dafür eingerichtet worden. Zusätzlich tragen zahlreiche NGOs, Verbände und Vereine (z.B. lokale Tourismusverbände, Interessengemeinschaften, Arbeitsgemeinschaften usw.) zu lokalen Impulsen der regionalen Politik bei.

Die in Abbildung 1 aufgelisteten Institutionen sind explizit mit der Zielsetzung der Regionalentwicklung implementiert worden und bis auf zwei Ausnahmen (Dorferneuerung und ECO plus) in der Regel erst jüngeren Gründungsdatums. Sowohl die Dorferneuerungswelle in Niederösterreich als stark kommunikativorientierte, als auch die ECO plus als eine stark investitionsorientierte Einrichtung waren Wegbereiterinnen der sukzessiven Institutionalisierung. Niederösterreich ist ein umfassendes Beispiel einer sehr vielfältigen Institutionenlandschaft der Regionalpolitik in Österreich.

Wird der Teil 1 mit dem Teil 2 der Abbildung 1 nochmals verglichen, so zeigt sich, dass die angeführten Institutionen in Teil 1 verstärkt *top-down* implementiert worden sind. Die in Teil 2 dargestellten Institutionen werden zwar zum Teil mit politischer Unterstützung des Landes

gefördert, ihre Implementierung, Institutionalisierung und regionale Verankerung geht jedoch primär von regionalen Aktivitäten (*bottom-up*) aus. Auch wenn es Überschneidungsbereiche gibt, so sind die in Teil 1 dargestellten Institutionen – zumindest in der Gründungsphase – primär vom Land abhängig (*government-Steuerung*), während die in Teil 2 aufgelisteten von einer breiten regionalen AkteurInnenbasis ausgehen (*governance-Steuerung*). Die Institutionen in Teil 1 verkörpern tendenziell eine hierarchische Ansiedlungspolitik, während die in Teil 2 durch kooperative und kommunikative Handlungsformen der Regionalentwicklung konstituiert und bestimmt werden. Sämtliche Institutionen in Teil 1 sind direkt (via Regionalentwicklungsagentur) vom Land abhängig, sämtliche in Teil 2 von den regionalen Aktions- und ProjektträgerInnen. Gäbe es beispielsweise keine regionalen Aktivitäten, so gäbe es keine LEADER Aktionsgruppen, regionalen Arbeitskreise der Dorf- und Stadterneuerung etc.

Die Darstellung erinnert auch an die von Weaver (1990, 129ff) – schon länger zurückliegende – Unterscheidung zwischen „*decentralized development as local initiative*“ und „*decentralized development from the bottom up*“. Während erstere auf individualistische Orientierung im Sinne eines „*local entrepreneurship*“ und auf KMU-Initiativen setzt, baut zweite stark auf einen „*strong communalist slant*“ mit vielen Aktivitäten auf kommunalkommunikativer Ebene und „*strategic regional advantages*“. Weavers Unterscheidung steht auch im Kontext der entwicklungspolitischen Debatte der territorialen Planungspolitik der 1960er- und 1970er-Jahre.

An diesem Beispiel unterscheidet sich auch der Grad der institutionellen Absicherung. Institutionen in Teil 1 sind mit hohem Investitionsvolumen mit der Zielsetzung als dauerhafte Einrichtungen regionaler Entwicklung von Seiten des Landes implementiert worden. Institutionen von Teil 2 müssen in der Regel mit sehr bescheidenen finanziellen Mitteln auskommen und sind oft auch nur temporär implementiert. Die Dauer der Institutionalisierung ist meist vertraglich über einen bestimmten Zeitraum fixiert. Vertragsverlängerungen sind entweder nicht

geplant oder unsicher (z.B. bei Finanzierung über EU-Projektgelder im Rahmen einer Förderperiode) bzw. müssen verlängert oder neu verhandelt werden (z.B. Trägerstrukturen von Regionalmanagements oder Regionalen Vermarktungs-GmbHs).

Perspektive

Die für Österreich wirksame Regionalpolitik – als ein Bündel von örtlicher Raumplanung (Gemeindekompetenzebene), überörtlicher Raumplanung (Länderkompetenzebene) und sektoralen Politiken (Bundeskompetenzebenen im Bundeskanzleramt und in diversen Ministerien) auf nationaler Ebene in Kombination mit gesamteuropäischen Richtlinien der Europäischen Union – hat ohne Zweifel seit dem Beitritt Österreichs zur Europäischen Union im Jahr 1995 viele Veränderungen erfahren. Vor allem im Kontext regionaler Entwicklungsmaßnahmen hat es zahlreiche Impulse gegeben; auch die Partizipationsmöglichkeiten der regionalen Bevölkerung an Projekten regionaler Entwicklung (z.B. im Rahmen der Gemeinschaftsinitiativen) haben sich durch Koordinationsmaßnahmen der Europäischen Union und mit Hilfe regionaler Institutionen stark erhöht. Nationale räumliche Politik bedeutet heute somit auch gleichzeitig eine gesamteuropäische Politik und vice versa.

Regionalentwicklung ist eingebettet in ein Spannungsfeld von *Politik* (z.B. Arbeitsmarkt-, Raumplanungs¹⁰-, Regional-, Agrar-, Wirtschafts- und Sozialpolitik); *Verwaltung* auf europäischer Ebene, Staats-, Länder- und Gemeindeebene und *regionalen AkteurInnen* (z.B. regionale Wirtschaft, Vereine, Kooperativen, Beratungsinstitutionen, Regionalmanagements etc.). Allein das Spannungsfeld unterschiedlicher administrativer Ebenen und Steuerungslogiken zeigt die Schwierigkeiten von Interessenlagen und strategischer Ausrichtung. Während beispielsweise auf europäischer Ebene langfristig orientierte Strategien regionaler Entwicklung im Vordergrund stehen, so ist es auf lokaler Ebene genau umgekehrt. Ergebnisse im Sinne eines vorzeigbaren Erfolges

sind im lokalen Kontext gefragt, nicht zuletzt deshalb, da LokalpolitikerInnen „sichtbar“ sind, in der Öffentlichkeit stehen und gewählt werden wollen. Eine EU-Verwaltungsebene ist für die meisten BürgerInnen zu abstrakt. Ebenso spannen sich hier die regionalpolitischen Strategien von komplexen übergeordneten Leitbildern hin zu operationalisierbaren Projekten vor Ort.

Letztendlich führen unterschiedliche administrative Ebenen der Regionalpolitik mitunter auch zu unterschiedlichen Vorstellungen und unterschiedlicher Prioritätensetzung. Regionalentwicklung ist somit nicht nur Querschnittsmaterie über Teildisziplinen hinweg, sondern auch innerhalb der Disziplin höchst ausdifferenziert je nach Rahmen und Ausgangsinteresse. Je nach Perspektive und Verantwortungsbereich wird dann auch der Faktor des Erfolgs bemessen.

Festzuhalten bleibt, dass eine Optimierung von Regionalentwicklung nur durch eine ständige Abstimmung der unterschiedlichen administrativen Ebenen zu erzielen ist (Heintel 2001). Koordination von und reflexive Auseinandersetzung mit differenzierten Perspektiven und Interessen sind dabei notwendig, eine Harmonisierung (Angleichung) unterschiedlicher Kommunikationsebenen Voraussetzung. Die Schwierigkeit liegt demnach darin, Perspektiven der Regionalentwicklung von Europäischer Union, staatlicher Ebene und landes- und gemeindepolitischer Verantwortung miteinander zu verzahnen. Dazu bedarf es klarer Positionen jeder Verantwortungsebene, um hier Beziehungen überhaupt zu ermöglichen. Transnationale Raumplanung von Seiten der Europäischen Union (z.B. EUREK) und lokale Politiken in Länderkompetenz schaffen hier nicht selten unterschiedliche Diskursebenen und Vorstellungen über Steuerungen der regionalen Ebene.

Regionalpolitik ist jedenfalls mehr als reine Wirtschaftsförderung und -entwicklung. Regionalpolitik ist Maßnahme und Strategie, starren regionalen Strukturen Handlungsalternativen beiseite zu stellen. Die Erhöhung des jeweiligen räumlichen Aktionsradius kann als eine wesentliche Zielsetzung für die Zukunft formuliert werden. Regionalpolitik ist ein Mittel wi-

der die Selbstreproduktionshypothese (Anpassungs- und Konservierungsstrategie), indem jede Region nur das hervorbringt, was bereits besteht. Die Wirksamkeit von Regionalentwicklung vor Ort wird erhöht durch das Zusammenspiel der angeführten Aktionsebenen. Dieses Zusammenspiel ist sowohl formell (z.B. Förderabwicklung von EU-Programmen) als auch informell (Absprachen über regionale Entwicklungsszenarien) begründet.

Regionalpolitik wird gesichert durch Kopplung und Vernetzung von AkteurInnen und Projekten im regionalen, aber auch überregionalen Kontext. Gerade das notwendige Zusammenwirken der zitierten inhaltlichen und organisatorischen Ebenen kann historisch als defizitär und auch gegenwärtig noch als verbesserungswürdig bezeichnet werden. Traditionelle Planung war in diesen inhaltlichen Bereichen bisher sehr stark sektoral (Lobbyismus, Standesvertretungspolitik, Binnensicht) ausgerichtet. Dennoch ist ein Trend zu sektorenübergreifendem Arbeiten nicht nur in der ländlichen Entwicklungsplanung merkbar. Die zunehmende (vereinheitlichte) Organisation von Regionalförderungsstrukturen in der Europäischen Union (Zielgebiete, Gemeinschaftsinitiativen) und die Vorbeitrittshilfen für die neuen EU-Mitgliedsstaaten sind mitverantwortlich für die Zunahme einer professionellen Organisation von Regionalentwicklung auf einem sehr hohen Verwaltungsniveau. Das Ziel der mehr oder weniger flächendeckenden Institutionalisierung der Regionalentwicklung in vielen EU-Mitgliedsländern und MOEL kann als neuer qualitativer Schritt der Regionalpolitik angesehen werden.

Folgende Inhalte werden voraussichtlich zukünftig im Rahmen regionalpolitischer Interventionen für Österreich von (noch) stärkerer Bedeutung werden:

- EU-Instrumentarium (gemeinsame europäische Regionalpolitik),
- Interaktion im politischen Mehrebenensystem (regionale Institutionen, Gemeinden, Länder, Bund, Europäische Union),
- verstärkte Integration in internationale Projektkontexte (z.B. Alpenkonvention,

Natura 2000, REGIONALP, INTERREG etc.),

- Forcierung der Verschränkung der formalen Planung mit neu geschaffenen Institutionen und Aufbau neuer Schnittstellen,
- gesetzmäßige Stärkung der regionalen Ebene (Aufwertung neuer Verflechtungskontexte und transnationaler Interaktionsräume),
- fortschreitende Institutionalisierung und weitere Integration in Kooperationsverbünde mit v.a. bereits bestehenden Institutionen und AkteurInnenkonstellationen,
- Forcierung kommunikativer Kenntnisse, Grundkenntnisse anderer Sprachen und verschiedener regionaler Kulturen im Sinne der Internationalisierung und Integration in neue Arbeitszusammenhänge im Rahmen der Erweiterung der Europäischen Union,
- Aufbau effizienter Transfersysteme im Kontext der EU-Erweiterung (Strukturbildung, Know-how-Transfer etc.),
- transnationale Politik in grenzüberschreitenden Verflechtungsregionen (z.B. Sonderregelungen, Übergangsfristen, bilaterale gesetzlich fixierte Abkommen, PartnerInnenschaften).

Die Ausweitung der räumlichen Handlungsebene ist Kennzeichen im Veränderungsprozess regionalpolitischer Interventionen. War zu Beginn der Idee einer eigenständigen Regionalentwicklung oder der Sanierung alter Industriegebiete der räumliche Aktionsradius meist auf das unmittelbare Umfeld beschränkt, so gilt es heute, die Vermittlungsebene zwischen den Gemeinden der eigenen Region und zu anderen relevanten Bezugsräumen wahrzunehmen. Regionalpolitik bedeutet nicht zuletzt auch interinstitutionelle Kooperation über den bisherigen Handlungskontext hinaus, ganz im Sinne der zukünftigen Wettbewerbsfähigkeit der jeweiligen Regionen. Regionalpolitik bedeutet daher, noch viel mehr als bisher von einem (engen) Regionsbezug zu einer globalen Sichtweise (vernetzter Kooperationsstruktur) zu wechseln.

ANMERKUNGEN

- 1 Anm.: Eine ausführliche Diskussion zu den unterschiedlichen Entwicklungsansätzen: Heintel 1998; Holzinger et al. 1998; Maier/Tödting 1995.
- 2 Vgl. LEADER plus: <http://www.rural-europe.acidl.be/rural-en/plus.htm>.
- 3 Anm.: Beispiel hierfür wäre: Regionswettbewerb Kulturlandschaft (vgl.: BMWV 1998).
- 4 Vgl. <http://www.innoregio.de/>.
- 5 Vgl. <http://www.zukunftsregionen.de/>.
- 6 Vgl. http://www.bmbf.de/563_1492.html.
- 7 Vgl. <http://www.land-noe.at/>.
- 8 Vgl. http://www.dorf-stadterneuerung.at/verband/index_verband.htm.
- 9 Vgl.: Euregioforum: <http://www.euregioforum.at/>.
- 10 Anm.: Folgende Definition des Bundeskanzleramtes der Republik Österreich (Abt. IV/4) weist auf die Unschärfe und Uneinheitlichkeit der zitierten Begriffe hin. „Raumordnung, Raumplanung, Raumentwicklungspolitik, Regionalpolitik sind öffentliche Aufgaben, die rechtlich und fachlich nicht – oder nicht eindeutig – definiert sind. Sie wurden und werden daher zu verschiedenen Zeiten, in verschiedenen Staaten und von verschiedenen Personen unterschiedlich interpretiert. Allen Interpretationen gemeinsam ist das Verständnis, dass es sich dabei um sogenannte ‚Querschnittsaufgaben‘ handelt, welche darauf abzielen, verschiedene gesellschaftliche Aktivitäten und die darauf orientierten Fachpolitiken (Wohnungs-, Wirtschafts-, Verkehrs-, Sozial-, Umwelt-, Bildungs-, Kulturpolitik etc.), die sich auf ein und dasselbe Gebiet (‚Raum‘, ‚Region‘) beziehen, bestmöglich aufeinander abzustimmen. ‚Bestmöglich‘ heißt, dass damit eine (wirtschaftlich, ökologisch oder ästhetisch) als wünschenswert angesehene ‚Ordnung‘ und/oder eine als positiv angesehene (wirtschaftlich, gesellschaftliche) Veränderung (‚Entwicklung‘) erreicht wird“ (<http://www.bka.gv.at/bka/regionalpolitik/koordination.html>, S. 1).

LITERATUR

- Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hg.) (1995). Handwörterbuch der Raumordnung, Hannover.
- Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hg.) (2000). Nachhaltigkeitsprinzip in der Regionalplanung; Handreichung zur Operationalisierung, Hannover.
- Amt der Niederösterreichischen Landesregierung* (Hg.) (2002). Landesentwicklungskonzept für Niederösterreich; Prinzipien, Ziele und Leitbilder einer integrierten Raumentwicklung, Entwurf, St. Pölten.
- Bayerisches Staatsministerium für Landesentwicklung und Umweltfragen (StMLU)* (Hg.) (2003). Stadt-Umland-Management; Zur Zukunft von Einzelhan-

- del und Flächennutzung. Dokumentation der 2. Rosenheimer Stadt-Umland-Gespräche, Rosenheim, München.
- Bentley, Gill* (Hg.) (2000). Regional Development agencies and business change, Aldershot.
- Benz, Arthur* (2001). From Associations of Local Governments to “Regional Governance” in Urban Regions, in: German Journal of Urban Studies, Vol. 40, No. 2, Internet: http://www.difu.de/index.shtml?publikationen/dfk/en/01_2/.
- Blotevogel, Hans H.* (1999a). Neue Räume – zum Entstehen und zur Struktur. Kritischer Kommentar, in: *Institut für Landes- und Stadtentwicklungsforschung* (Hg.): Neue Räume brauchen eine neue (Raum-)Politik, Dortmund, 28–31.
- Blotevogel, Hans H.* (1999b). Zur Neubewertung der Region für Regionalentwicklung und Regionalpolitik, in: *Akademie für Raumforschung und Landesplanung* (Hg.): Europäische Einflüsse auf Raum- und Regionalentwicklung am Beispiel des Naturschutzes, der Agenda 2000 und des regionalen Milieus, Hannover, 44–60.
- Blotevogel, Hans H.* (2000). Zur Konjunktur der Regionsdiskurse, in: Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung; Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10, Bonn, 491–506.
- BMWV* (1998). Regionswettbewerb Kulturlandschaft. Beispiele und Ideen für die nachhaltige Entwicklung österreichischer Kulturlandschaften. Ein Wettbewerb im Rahmen des österreichischen Kulturlandschaftsforschungsprogrammes, Wien.
- Bundeskanzleramt (Hg.) (1998). Regionalpolitik und EU-Strukturfonds in Österreich 1995–1999, Wien.
- Danielzyk, Rainer* (1998). Zur Neuorientierung der Regionalforschung, Oldenburg.
- Danielzyk, Rainer* (2000). Eine neue Planungskultur in der Raumordnung – eine Chance für ländliche Räume?, in: Kulturtechnik und Landesentwicklung, Heft 4, 145–150.
- Danielzyk, Rainer* (2001). Kooperationen zwischen Stadt und Land – Ansätze und Perspektiven, in: *Deutsche Vernetzungsstelle LEADER II in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung* (Hg.): Neue Strukturen in den Land-Stadt-Beziehungen – Eine Chance für ländliche Räume?, 5–16.
- Danielzyk, Rainer/Axel Priebis* (Moderation) (2000). Neubau der Region; Dokumentation der Fachsitzung auf dem 52. Deutschen Geographentag in Hamburg, Sonderdruck aus: STANDORT – Zeitschrift für Angewandte Geographie, 24. Jahrgang, Heft 2, Berlin.
- Europäische Kommission* (Hg.) (1999). EUREK; Europäisches Raumentwicklungskonzept; Auf dem Wege zu einer räumlich ausgewogenen und nachhaltigen Entwicklung der Europäischen Union, Potsdam.
- Europäische Kommission* (Hg.) (2003). Regionen leben auf; Erfolgsprojekte der Strukturfonds aus Österreich, Luxemburg.
- Fürst, Dietrich* (1999). Kurzberichte aus der Praxis und Forschung; Auswertung von Erfahrungen zur Ko-

- operation in Regionen, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 53–58.
- Fürst, Dietrich (2001). Selbststeuerungsfähigkeit der Regionen, Internet: <http://www.laum.uni-hannover.de/ilr/publ/fuerst/selbsteu.pdf>.
- Gleisenstein, Jörg/Stefan Klug/Anja Neumann (1997). Städtetzetze als neues „Instrument“ der Regionalentwicklung?, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 38–47.
- Halkier, Henrik/Mike Danson/Charlotte Damborg (Hg.) (1998). Regional Development Agencies in Europe, London.
- Heintel, Martin (1998). Einmal Peripherie – immer Peripherie? Szenarien regionaler Entwicklung anhand ausgewählter Fallbeispiele, Wien.
- Heintel, Martin (2001). Mainstream-Regionalentwicklung, in: Landnutzung und Landentwicklung, Heft 42, Vol. 5, 193–200.
- Helbrecht, Ilse (1994). „Stadtmarketing“ – Konturen einer kommunikativen Stadtentwicklungspolitik, Basel.
- Henkel, Gerhard (1993). Der Ländliche Raum, Stuttgart.
- Holzinger, Elisabeth/Franz Delapina/Cornelia Krajasits/Angelika Laburda (1998). Regionale Wissensbasis, Wien.
- Huber, Wolf (1996). Regionalmanagement und Regionale Entwicklungsorganisationen aus der Sicht der österreichischen Koordinierungsstelle der EU-Regionalförderung, in: *ÖAR-Regionalberatung GesmbH* (Hg.): Tagungsunterlagen: Regionalmanagement und Regionale Entwicklungsorganisationen in Europa. Instrumente und Modelle zur Verankerung und Unterstützung der EU-Strukturpolitik, Ms., Wien, 13–16.
- Keller, Sabina/Torsten Stamm (1997). Grenzen und Perspektiven von grenzüberschreitenden Städtetzetzwerken, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 1, 14–23.
- Knieling, Jörg (1994). Intermediäre Organisationen und kooperative Regionalentwicklung, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 2, 116–126.
- Kuron, Irene (1997). Stadtmarketing: Chance zur ganzheitlichen Stadtentwicklung, in: Herbert Pfaff-Schley (Hg.): Stadtmarketing und kommunales Audit, Berlin, 1–13.
- Lückenköter, Johannes (2001). Partnerschaften – Ein Plädoyer für Argumente und Anregungen für die ländliche Regionalentwicklung, in: LEADERforum. Magazin der Deutschen Vernetzungsstelle, Heft 1, 18–29.
- Maier, Gunther/Franz Tödting (1995). Regional- und Stadtökonomik; Standorttheorie und Raumstruktur, Wien, New York.
- Niederösterreichische Grenzlandförderungsges.m.b.H. (Hg.) (2002). Grenzüberschreitende Impulszentren bringen neue Dynamik in Niederösterreichs Grenzregionen, in: NÖ Grenzland News, Nr. 4–6, 5.
- ÖAR - Regionalberatung GmbH. (Hg.) (1996). Regionalmanagement und regionale Entwicklungsorganisationen in Europa; Instrumente und Modelle zur Verankerung und Unterstützung der EU-Strukturpolitik, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (Hg.) (1992). Österreichisches Raumordnungskonzept 1991, Wien.
- Österreichische Raumordnungskonferenz (Hg.) (2002). Österreichisches Raumentwicklungskonzept 2001, Wien.
- Plitzka, Richard (1999). Strategien im Umgang mit komplexen Herausforderungen der Regionalentwicklung. Manuskript für den Europäischen Universitätslehrgang für Regionalentwicklung.
- Priebs, Axel (1997). Räumliche Planung und nachhaltige Siedlungsentwicklung. Lohnt es sich, an den bisherigen planerischen Konzepten und Verfahren festzuhalten?, in: Raumforschung und Raumordnung, Heft 4, 249–254.
- Scheer, Günter (1999). Niederösterreich Regionalmanagement 2000plus; Ergebnisse und Empfehlungen. Bericht im Auftrag der Gruppe Raumordnung und Umwelt der Niederösterreichischen Landesregierung, Wien.
- Schindegger, Friedrich (2002). Herausforderungen und Strategien für eine Raumentwicklungspolitik in Österreich, in: *Salzburger Institut für Raumordnung & Wohnen* (Hg.): SIR-Mitteilungen und Berichte 30, Salzburg, 99–104.
- Schindegger, Friedrich/Gabriele Tatzberger (2002). Polyzentrismus; ein europäisches Leitbild für die räumliche Entwicklung, Bericht im Auftrag des BKA Abt. IV/4, Wien.
- Schwarz, Wolfgang (2003). Regionalpolitik im Wandel: Von zentralistischer Planung zu partnerschaftlichen Netzwerken – Das Modell Niederösterreich, in: *Österreichische Raumordnungskonferenz* (Hg.): Raumordnung im Umbruch – Herausforderungen, Konflikte, Veränderungen, Wien, 74–89.
- Seiß, Reinhard (2003). Kooperation in Großstadträumen: Österreichs Ostregion hinkt hinterher, in: Raum 51, 34–36.
- Strubelt, Wendelin (2000). Raum, Region, Ort – im kontinuierlichen Wandel ihrer Bestimmungen, in: Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10, 635–647.
- Ward, Neil/Philip Lowe/Tom Bridges (2003). Rural and Regional Development: The Role of the Regional Development Agencies in England, in: *Regional Studies*, Vol. 37, Nr. 2, 201–214.
- Weaver, Clyde (1990). Concepts and Theories of Regional Development Planning: The State of Art, in: Klaus R. Kunzmann/Ursula Ursula/Klaus M. Schmals (Hg.): 20 Jahre Raumplanung in Dortmund. Eine Disziplin institutionalisiert sich, Dortmund, 124–131.
- Webb, Darren/Clive Collis (2000). Regional Development Agencies and the “New Regionalism” in England, in: *Regional Studies*, Vol. 34, Nr. 9, 857–864.
- Weichhart, Peter (1996). Die Region – Chimäre, Artefakt oder Strukturprinzip sozialer Systeme?, in:

Gerhard *Brunn* (Hg.): Region und Regionsbildung in Europa. Konzeptionen der Forschung und empirische Befunde, Baden-Baden, 25–43.

Weichhart, Peter (2000). Designerregionen – Antworten auf die Herausforderungen des globalen Standortwettbewerbs?, in: Die neue Konjunktur von Region und Regionalisierung. Informationen zur Raumentwicklung, Heft 9/10, 549–566.

AUTOR

Martin HEINTEL, Assistent am Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien; a.o. Mitglied der Fakultät für Interdisziplinäre Forschung und Fortbildung der Universität Klagenfurt. Forschungsschwerpunkte: Regionalentwicklung und -politik, Erweiterung der Europäischen Union, Megacities, post-graduierte Weiterbildung.

Kontakt: Institut für Geographie und Regionalforschung der Universität Wien, Universitätsstraße 7/V, A-1010 Wien.

E-mail: martin.heintel@univie.ac.at